

reiche Offiziere und hohe Staats- und kaiserliche Beamte hatten sich zum Empfang des Luftschiffes eingefunden. In der Gasse befanden sich Graf Zeppelin, Major Sperling, Hauptmann Georg, die Oberingenieure Müller und Dürr und eine Anzahl Monteur.

„Zeppelin I“ über der Theresienhöhe.

Das Reichsluftschiff erschien Punkt 9 Uhr über der Theresienhöhe, führte dort einige Bewegungen nach aufwärts und abwärts und einige Schwenkungen und flog gegen die Stadt zu. Eine angeordnete Menschenmenge füllte die Theresienhöhe. Der Prinzregent, Prinz Ludwig und die übrigen Mitglieder des Kaiserhauses hatten im Verwaltungsgebäude des Luftschiffes auf der Theresienhöhe die Ankunft des Luftschiffes erwartet.

Oestlicher Südwestwind. — Zeppelin kann nicht landen.

Graf Zeppelin versuchte 1/10 Uhr vergeblich auf dem Exerzierplatz zu landen. Ein heftiger Südwestwind trieb das Luftschiff gegen Obergiesing. Die Luftschiffer beteiligten sich mit der Bahn zur Hilfestellung abzugeben. Schwere Reiter zu Pferde ritten nach.

Ein Gruß aus den Lüften.

Das Reichsluftschiff wurde immer weiter nach Freising, Erding und Landshut getrieben, das es um 1 Uhr in der Höhe von etwa 110 Metern vollstreckte. Das kaiserliche 2. schwere Reiterregiment landete drei Eskadronen nach der Richtung der Luftschiff entgegen. Graf Zeppelin war ihnen aus dem Schiff eine postfaktische folgende Botschaft zu:

Liebe Kameraden!

Verlassen Sie mich nicht bis der Wind nachläßt und ich wieder nach München retour fahren kann. Graf Zeppelin.

Von Landshut aus trieb das Luftschiff nach Dingolfing. Es gab Automobile mit Offizieren und Mannschaften von München verfolgten das Luftschiff.

Glückliche Landung bei Dingolfing.

Das Luftschiff „Zeppelin I“ wurde in der Richtung auf Dingolfing weitergetrieben. Nach einer Weile wurde es durch die Niederböhmer in Höhe von 3 Uhr 5 Min. in der Nähe von Niederbach bei Dingolfing glücklich gelandet.

Eine Erklärung Zeppelins.

Der hiesige Notar bei mir vorlag.

Das Zeppelin-Bureau erklärt das Scheitern des Reichsluftschiffes nach Obergiesing — Freising durch zeitweiliges Versagen des hinteren Motors, wodurch es nicht mehr gegen den starken Südwestwind ankam. Nachdem die Herrschaft über das Schiff wiedergewonnen war, nahm es die Richtung auf das Ervinger Moor bei Schwabmünchen zu. Nach einer Weile wurde es durch die Niederböhmer in Höhe von 3 Uhr 5 Min. in der Nähe von Niederbach bei Dingolfing glücklich gelandet.

Die militärische Hilfe. — Voraussichtliche Rückfahrt.

Wie der „Kurier für Niederböhmen“ meldet, wurde das ganze kaiserliche Bataillon des 16. Infanterieregiments mittels Extrazuges beim Infanterie-Exerzierplatz einparadiert und zum Landungsplatz des Luftschiffes beordert. Voraussichtlich soll die Rückfahrt über München morgen früh angetreten werden. Der Wind hält noch immer an.

Der Landungsplatz Dingolfing.

Zeppelins Landungsplatz, das Städtchen Dingolfing, liegt in Luftlinie gemessen 100 Kilometer in nordöstlicher Richtung von München entfernt, im bairischen Regierungsbezirk Niederböhmen, an der 3. bar und der Staatsbahnlinie Landshut—Landau, 398 Meter über dem Meeresspiegel.

Der Balkan-Epilog.

Eine Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Wie wir schon in unserer gestrigen Ausgabe mitgeteilt haben, wird durch baldmögliche englisch-französiche Verhandlungen die deutsch-serbische Balkanpolitik fortgesetzt in der unqualifizierbarsten Weise verdrängt. Nach dem offiziellen „Wiener Fremdenblatt“ nimmt nun auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen die Unruhe von unvorantwärtlichen Entschlüssen, die gerne nach dem glücklichen Ausgang der Orientkrisis neue Gefahren für die internationale Lage beschwören möchten, energisch Stellung, insbesondere in Bezug auf die Antagonismen von einer angeblichen Freilassung Deutschlands auf die russische Politik. Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt heute:

Die russische Regierung hat sich bereit erklärt vor der jüngsten Demarche der Mächte in Belgrad bereit, auf Grund der türkischen Vereinbarung mit Österreich-Ungarn über die Annexion Bosniens und der Herzegovina und der dadurch bedingten Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages die Zustimmung zu geben. Trotz wiederholter energischer Forderungen in deutschen Blättern wird in einem großen Teile der ausländischen Presse die Fabel aufrecht erhalten, der Entschluß der russischen Regierung sei das Ergebnis der Besinnung Deutschlands gewesen. Es wurde sogar die grösste Verhöhnung ausgedrückt, Deutschland habe mit der Willkürsinnung gehandelt. Zugespitzt sind wir ermüdet, den Versuch anzustellen und endgültig folgendermaßen festzustellen: Auf verächtlichen Demarchen, die Serbien von Annexion seiner unverschiedenen Ansprüche anlässlich der Annexion der beiden Serbien, wie durch Österreich-Ungarn veranlassen sollten, hat Serbien, wie von allen Mächten anerkannt wurde, in unverschiedener Weise geantwortet. Serbien wird einer beschließenden Antwort nicht bedürftig sein, weil die Mächte selbst der Annexion ihre Zustimmung nicht gegeben hätten. In der Hinsicht ihre Zustimmung nicht gegeben hätten. In der Hinsicht ihre Zustimmung nicht gegeben hätten. In der Hinsicht ihre Zustimmung nicht gegeben hätten.

Oesterreichs Antwort an Serbien.

Der Oesterreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad übermittelte heute mittags dem Minister des Auswärtigen Komarowitsch die Antwort der Oesterreichisch-ungarischen Regierung. Diese nimmt darin die serbische Note vom 30. März zur Kenntnis, spricht den Wunsch nach nachbarlichen Beziehungen aus und erklärt, daß die neuen Handelsvertragsverhandlungen sofort aufgenommen werden können. Mit dem heutigen Tage ist zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien der vertragslose handelspolitische Zustand eingetreten.

Die serbische Abdankungsaffäre.

Kandidaten für den serbischen Thron? König Peter wartet angeblich nur die Entscheidung des Konfliktes mit Oesterreich ab, um seine Abdankung, abzugeben, zur Ausföhrung zu bringen.

Wie der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ in berichten weiß, hatte er gehofft, durch eine auswärtige Mission unter der Regide Russlands das Ansehen der Dynastie zu heben. Es heißt, England hätte der serbischen Regierung eine Anleihe zugesichert, aus deren Zinsen die vom König geforderte Kapanage gedeckt werden könnte. Als Kandidaten für den serbischen Thron werden Prinz Waldemar von Dänemark, der mit der Prinzessin von Orleans verlobt ist, und der schwedische Prinz Bernadotte genannt, dessen Gemahlin eine russische Großfürstin, die Tochter einer montenegrinischen Prinzessin ist.

Serbische Offiziere demissionieren.

Die Offiziere des zweiten Kavallerieregiments in Kraljewo haben wegen der unrichtlichen Abweisung der Kräfte des Königs telegraphisch ihre Demission. Weitere Offiziersdemissionen aus anderen Regimenten werden erwartet.

Tscharikow oder Engelstschew?

(Die Pariser Offiziere und Sewollis Nachfolger.)

Die Nachfolgerschaft Tscholikows regt gewisse Pariser Offiziere schon an, bevor sie noch bestimmt wissen, ob er geben wird. Was? Ein früherer russischer Adjutant Kaiser Wilhelms II., Prinz Engelstschew, sollte hinfort mit der äußeren Politik des Kaiserthums betraut werden? Das kann man nie und nimmer lassen. Und augenblicklich wirkt man dem Väterchen an der Kassa mit dem Zaunpfahl. Das „Echo de Paris“ schreibt: „Man weiß noch nicht, ob Herr Tscharikow oder Prinz Engelstschew Nachfolger Tscholikows werden wird. Der erste, Adjunkt des Außenministers, würde ein halbphilosophischer Minister sein, der den besten Prinzipien russischer Politik folgt, vor trefflich erfahren in der Orientfrage ist und zweifellos ein eifriger Verteidiger der slavischen Interessen im Palast wäre. Seine Ernennung würde eine wirkliche Bedeutung haben. Hängen wir hinzu, daß Herr Tscharikow ein großer Freund anderer Länder und warmer Anhänger des Zweifelhafte ist. Prinz Engelstschew ist weniger bekannt. Er war in Berlin Wilhelm II. assistiert worden und erfreut sich des vollen Vertrauens Zar Nikolaus' II. Man fürchtet, daß es ihm etwas an diplomatischer Erfahrung mangelt, um die so schwere Aufgabe an sich zu nehmen, in dieser ersten Stunde die äußeren Angelegenheiten des Kaiserthums zu leiten.“

Im „Journal“ heißt es: „Der einzige diplomatische Titel des Offiziers Engelstschew ist, der Persönlichkeit Wilhelms II. attachiert gewesen zu sein, was augenblicklich keine Empfehlung ist. Herr Tscharikow, ein Diplomat der Karriere, würde geeigneter erscheinen.“ — In ähnlichen Worten machen eine ganze Reihe Zeitungen, wohl vom Dniester inspiriert, Petersburg darauf aufmerksam, daß Tscharikow der französische Kandidat ist und daß man die Ernennung des Prinzen Engelstschew nicht gern sehen würde. Dabei verweisen die Blätter, daß bei dem vorläufigen Besuch des Präsidenten in Russland der Herr Engelstschew, der einige Jahre in Berlin weilte, vom Zaren der Person des Präsidenten der Republik attachiert worden war.

Demission des griechischen Kabinetts.

(Athen, 1. April. (Tel.))

In der Kammer erklärte der Ministerpräsident, das Kabinetts habe demissioniert, und das den Präsidenten, die Sitzungen zu vertagen, bis die Krise beigelegt sei. Die Sitzung wurde sofort geschlossen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 2. April.

Preussische Regierung und Elber-Soale-Banal. Bekanntlich besteht ein seit in ausgearbeiteter Plan, der eine Verbindung zwischen Elber und Soale herbeiführen soll und Leipzig mit Krefen auf dem Wasserwege verbinden würde. Sollte das Projekt zur Ausführung gelangen, so müßte die kaiserliche Regierung jedenfalls an die preussische herantreten, da die Soale-Schleusen auf preussischem Gebiet, die von Leipzig aus auf dem Wasserwege Krombach bis zu 350 Tonnen durchlassen. Da man aber ebenfalls für den geplanten Schiffahrtverkehr Fahrzeugen mit größerem Tonnengehalt verwenden will, so müßte ein Umbau dieser Schleusen für das Vorkommen größerer Schiffe stattfinden, zu welchem Zweck Verhandlungen wegen einer Kostenanschlagsabgabe um zu führen wären. Wie die „Zf.“ an unrichtiger Stelle erzählt, ist aber die kaiserliche Regierung, trotzdem noch Verhandlungen getroffen wurden für den Ausbau einer solchen Schiffahrtverbindung getroffen, nicht einverstanden, bis hier noch nicht an die preussische herantreten. Es ist kein Zweifel, daß letztere sich diesem Projekt gegenüber ablehnend verhalten wird, da es der preussischen Staatsbahn empfindlich Konkurrenz machen würde.

Zu der Verhandlung des Nationalliberalen Landesvereins, die am Sonntag in Dresden stattfand, geht die Nachricht durch die Presse, daß der Abg. Landhammer ihr nicht beigewohnt habe, da er dazu nicht eingeladen worden sei. Wie aus zwei Stellen der Seite bekannt wird, entspricht diese Mitteilung den Tatsachen. Da der Vorstand des Landesvereins den Abg. Landhammer veranlaßt hatte, bis zur Erledigung der Streiffrage Landesamtes-Dienmann auf die Ausübung seines Amtes als zweiter Vorsitzender des Landesvereins zu verzichten, ist auch keine Einladung zu der betreffenden Sitzung erfolgt. Ob das Gerücht, jene Streiffrage solle durch einen Vergleich aus der Welt geschafft werden, auf Wahrheit beruht, war bisher nicht zu ermitteln. Wir können auch nicht ausschließen, daß dies der Fall ist, denn eine solche Erledigung der Angelegenheit dürfte dem Verlangen des Landesvereins der Nationalliberalen Partei nicht entsprechen, der ja ausdrücklich eine „gerichtliche Klarstellung“ des Falles gewünscht hat.

Zur Landtagswahl. Am 28. Aprillichen Wahlkreis (Glauchau) wurde der Abgeordnete Carl Diercher in Gerdoorf von einer in Glauchau abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung als sozialdemokratischer Landtagskandidat aufgestellt. Von konservativer Seite ist in diesem Kreise der bisherige Abg. Bauner aufgestellt.

Ein neuer konservativer Verein ist vor einigen Tagen in Liebenau bei Döbna begründet worden. Der neue Verein hat sich dem konservativen Landesverein im Königreich Sachsen angeschlossen und führt den Namen „Ländlicher konservativer Verein für das obere Nächstal“. Zum Vorsitzenden wurde von der jährlich besuchten Versammlung Rechtsanwalt Dr. Böhme-Großhörnbecker gewählt.

Gegen die Fernsprechübertragungsordnung hat die Handelskammer in Chemnitz folgende Einrede an den Reichstag gerichtet: „Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf einer Fernsprechübertragungsordnung ergibt, daß die Reichsregierung in seiner Weise den von Handel und Industrie, namentlich auch vom Deutschen Handelsrat gezeigten Anregungen entsprechen hat. Obwohl die beteiligten Berufsstände sich nahezu einmütig für eine — wenn auch veränderte — Beibehaltung der Aufgebühren ausgesprochen hatten, wird trotzdem in dem jetzigen Entwurf von der Reichsregierung das System der Aufgebühren wiederum verworfen und an ihrer Stelle eine komбинierte Gebühre- und Grundgebühre vorgezogen. Da somit der vorliegende Entwurf gegenüber dem früheren keinerlei Verbesserungen enthält, erblicken wir in ihm eine wesentliche Verschlechterung des gesamten Fernsprechverkehrs, durch welche Handel und Industrie empfindlich geschädigt werden. Wir erheben daher im Hinblick auf die einstimmig gefassten Beschlüsse der Handelskammer Chemnitz vom 21. März 1908 und des Deutschen Handelsrates vom 21. März 1908 dem Reichstag den Widerspruch gegen den vorliegenden Entwurf, insbesondere aber gegen die Abschaffung der Aufgebühren, und bitten den Deutschen Reichstag, dem Entwurf die Zustimmung zu verweigern.“

Die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Deutscher Industrieller hielt am 23. März unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Martini-Dresden ihre zweite ordentliche Generalversammlung ab. Nach Begrüßung der erschienenen erstattete Kommerzienrat Martini einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe. Aus diesem ist hervorzuhelien, daß die Ortsgruppe im vergangenen Geschäftsjahre sich ein-

setzend mit der Kohlenfrage beschäftigt und ferner auch gegen die geplante Besteuerung der Warenhäuser und Frachten für Dresden in einer Enquete an die Kreisbauernschaft Stellung genommen hat. In einer Versammlung wurde den Mitgliedern über die Frage der Errichtung einer Kreisversicherungskasse Mitteilung gemacht und fand dieses Projekt beifällig Aufnahme. Zu Punkt 1) der Tagesordnung referierte Dr. Müß über die Frage der Errichtung einer paritätischen Zentralarbeitsnachweise für die Kreisbauernschaft Dresden. Die Angelegenheit hat bereits dem Vorstand der Ortsgruppe in seiner Sitzung vom 12. Oktober v. J. beschäftigt. Die Generalversammlung trat in ihrer überwiegenden Mehrheit diesen Beschlüssen des Vorstandes bei, indem sie folgende Resolution annahm: Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden hat in seiner Sitzung vom 12. Oktober 1908 bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Ortsgruppe Dresden nur unter der Bedingung ihre Zustimmung an dem geplanten Zentralarbeitsnachweis in Aussicht nehmen könne, daß die in dem § 17 Abs. 3 der Satzungen des Zentralarbeitsnachweises bestehende Durchbrechung des paritätischen Prinzips fallen gelassen würde. Die Generalversammlung der Ortsgruppe teilt durchaus diesen Standpunkt und erwartet daher auch von der Statutenkommission, daß sie dem Zentralarbeitsnachweis ihre Unterstützung nur dann gewährt, wenn die von der Statutenkommission geforderte strikte Durchführung der Parität unbedingt gesichert wird. Die Generalversammlung behandelte dann in weiteren die Frage der Landtagswahlen und erklärte es für unbedingt erforderlich, daß bei der Aufstellung von Kandidaten in den sieben Dresdener Wahlkreisen auf die Industrie in der ihrer Bedeutung entsprechenden Weise Rücksicht genommen werde. Die Versammlung gab zugleich dem Wunsch Ausdruck, daß die bisher von Industriellen vertretenen Dresdener Kreise der Industrie erhalten bleiben möchten, und richtete an die Dresdener Industrie den Appell, geeignete Männer aus ihrer Mitte in den Landtag zu entsenden. Mit der weiteren Behandlung der Frage wurde eine Kommission betraut.

Der frühere sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Julius Seifert in Juidau ist am 31. März im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verstorbenen vertrat von 1890 bis 1903 den 19. sächsischen Wahlkreis (Stollberg-Schneeberg) im Reichstag und von 1893 bis 1901 war er Mitglied der zweiten sächsischen Ständekammer. Er war auch einer der Gründer des landesweiten sozialdemokratischen Organs und bis zu seinem Tode der Verleger des Blattes.

In der Privatklage gegen Wend ist folgender Vergleich geschlossen worden: Wir nehmen, unter Aufrechterhaltung unseres Standpunktes im übrigen, die in dem Artikel in Nr. 41 des Leipziger Tageblattes vom 10. Februar 1907, über die Hebersteifung: „Die Sonatorien auf Madeira“, gegen den Herrn Manuel Goncalves ausgesprochenen Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Der Bundesrat erteilte in seiner Donnerstagssitzung der Vorlage betreffend die reformierte Werner Hebersteifung zum Schutz von Weizen der Literatur und Kunst die Zustimmung. Zur Frage der Schiffahrtssabgaben. Die in Frage erscheinende „Hofmeis“ veröffentlichte kürzlich eine Mitteilung, wonach die preussische Regierung bereits von Seiten der österreichischen Regierung eine grundsätzliche Zustimmung zu der geplanten Einführung von Schiffahrtssabgaben im Deutschen Reich erhalten hätte. Diese Nachricht, welche aus in reichhaltigen Blättern übergegangen ist, entbehrt, wie der „Wiener pol. Corr.“ an maßgebender Stelle verifiziert wird, jeder Begründung. — Die Arbeitsausschüsse der Schiffahrtssabgaben in interessanten des Reichs und der Elbe tagten am Mittwoch in Frankfurt a. M., um zu dem in „Reichsanzeiger“ unter 13. März veröffentlichten „Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Schiffahrtssabgaben“ Stellung zu nehmen. Es wurde sofort in eine Beratung der einzelnen Bestimmungen eingetreten. Dabei wurden die Punkte zu Punkt die Bedenken gegen die im Entwurf vorgeschlagenen Ziele. Die Versammlung gab schließlich einstimmig ihre Überzeugung Ausdruck, daß der Entwurf nur geringen Nutzen, den die Schiffahrtssabgaben zu rechtfertigen und zu stützen. — Preussens Aussichten auf Annahme seines den Agrariern solche eingedachten Entwurfs sind demnach doch nicht sonderlich günstig, und das ist mit Fremden zu begründen.

Die kirchliche Festschickung des verstorbenen Fürsten Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen fand am Donnerstagmorgen um 11 Uhr in Sondershausen statt. Voraus ging eine Trauerandacht im Schloß des Schlosses. Der Trauerzug bewehrte sich nach der Kirche, wo sich das kaiserliche Mausoläum befindet, unter dem Trauergeleit aller Kirchenlieder. Später bildeten das erste Bataillon des 71. Infanterie-Regiments, Krüger und Militärvereine, die Feuerweber, die Belegschaften der Gewerkschaft „Waldau“ und die Schulen. Vor dem Zuge wurden die Orden des Verstorbenen von zwei Offizieren getragen. Im Trauerzuge hinter dem Zuge befanden sich die Familienmitglieder, Prinz August Wilhelm als Vertreter des Kaisers, Prinz Johann Georg von Sachsen in Vertretung des Königs von Sachsen, Fürst und Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt, Prinz Sigis mit Gemahlin, der Herzog von Katal, Prinz Albert von Anhalt, der Herzog von Anhalt-Bernburg. Nachdem der Zug angetreten war, erfolgte die Beisetzung in der kirchlichen Familiengruft unter dem Ehrensaal der ersten Kompanie des 71. Infanterie-Regiments.

Die Besorgung Dr. Wegmanns, des Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd, erfolgte am Donnerstag in Bremen unter großer Beteiligung. Als Vertreter des Kaisers war erschienen der Oberst von Marcellation der Nordsee, Admiral v. Fischl, als Vertreter des Prinzen Heinrich Kapitänleutnant v. Ueborn, für den König von Sachsen der Konsul Baerjen, für den Großherzog von Oldenburg Rittermeister von Wiedersloh. Der Senat der Stadt Bremen nahm fast vollständig an der Beerdigung teil. Ferner hatten Vertreter entsandt das Reichamt des Innern, das Reichsamt des Reichspostamt und zahlreiche andere Reichsbehörden, die hiesigen sächsischen und staatslichen Behörden, sowie fast sämtliche aktiven Schiffahrtsgesellschaften und Werften des In- und Auslandes. Die Hamburg-Amerika Linie war durch ihren Generaldirektor Wallin vertreten. Nachdem Pastor Weß in Trauerhause die Trauerrede gehalten hatte, wurde der mit S. Anzen und kostbaren Blumenarrangements reichgeschmückte Zug durch Orgelspiel hinausgetragen. Nach der Grabrede und dem Trauergebet wurde noch eine große Anzahl von Kranzen am Grab niedergelegt. Eine vorläufige Menschenmenge hielt den Friedhof und die Umgebungen bereit.

Aus Anlaß der Hundstafel der beiden braunschweigischen Regimenter fand am Donnerstag vor dem Herzogregimenten in Braunschweig Parade statt, an der außer den beiden Regimentern auch die ehemaligen Angehörigen derselben teilnahmen. Der Herzogregiment ritt zunächst die Front der aktiven Regimenter und der Kompanien der ehemaligen Rekrutangehörigen ab und nahm sodann den Vorbeimarsch an der Parade beteiligten Truppen entgegen. Die Veteranen von 1870/71 nahmen an der Parade als besondere Kompanie teil.

Tremel „Begrüßung“. Dem Varrer Tremel in Volkssack ging vom Metropoltanapital in Bamberg folgendes Telegramm zu: „Suspansio aufgehoben, Parvivor zurückleben. Wagner, Generalvize“. Damit dürfte der Fall Tremel seine Erledigung gefunden haben. Varrer Tremel mußte nach der „Zf.“ auch noch eine Erklärung abgeben, über deren Inhalt gegenständig freigelegte Stillschweigen beobachtet wird. Die Erklärung wird auch nicht veröffentlicht, sondern nur den Akten einverleibt. Wie von zuverlässiger Seite bestätigt wird, weicht der Inhalt dieser neuerlichen Erklärung ganz bedeutend von der ersten Erklärung ab, die seinerzeit Varrer Tremel bei seiner Vernehmung vor dem Damberger Inquisitiongericht abgeben sollte.

Ausland. Frankreich.

L. Herr Chanet, der neue Bürgermeister von Paris. Unser Korrespondent in Paris berichtet und: Die französische Hauptstadt hat einen revolutionär-sozialistischen (s. s. unrichtigen) Bürgermeister erwählt. Der Gemeinderat nahm gestern die Ernennung seines Bureau vor, wobei die sozialistischen Elemente wegen der Uneinigkeit auf der linken Seite den Sieg davongetragen hätten. Der frühere Vize-